

Macht und Frieden nach dem "11. September"

Literaturbericht, vorgesehen für *Zeitschrift für Politik*, Heft 1/2003

Alexander Siedschlag

Alain de Benoist (Hg.), *Die Welt nach dem 11. September. Der globale Terrorismus als Herausforderung des Westens*, Tübingen/Zürich/Paris 2002, Hohenrain-Verlag, 286 S.

Strobe Talbott/Nayan Chanda (Hg.), *Das Zeitalter des Terrors. Amerika und die Welt nach dem 11. September*, München/Berlin 2002, Propyläen Verlag, 205 S.

Sabine Sielke (Hg.), *Der 11. September 2001. Fragen, Folgen, Hintergründe*, Frankfurt/M. u. a. 2002, Verlag Peter Lang, 277 S.

Petra Bendel/Mathias Hildebrandt (Hg.), *Im Schatten des Terrorismus. Hintergründe, Strukturen, Konsequenzen des 11. September 2001*, Wiesbaden 2002, Westdeutscher Verlag, 234 S.

Die sichtbarsten Folgen des *11. September 2001* für das internationale System bestehen in zwei gegensätzlichen Trends: einerseits einer weiteren Auflösung der restlichen Formationen des Kalten Krieges (z. B. die im November 2002 beschlossene zweite Runde der Osterweiterung der NATO und die enge Anbindung Russlands an ihr strategisches Antiterror-Konzept), andererseits einem Wiederauftauchen bekannter Figuren internationaler Politik (z. B. die Marginalisierung der UNO und die Tendenz zur Ineinssetzung von Macht und Moral). Auch im 21. Jahrhundert und angesichts der Sicherheitsbedrohung durch einen globalisierten Terrorismus gibt es kein Entrinnen aus den Grundgesetzen und moralischen Dilemmata der Staatenwelt. Angesichts dessen übersehen (oder übergehen) viele, dass die Folgen des 11. September ein Validitätsbeweis für die Axiome der realistischen Schule internationaler Politik sind, insbesondere für die Außenpolitik-Theorie des Realismus,¹ wie sie klassischerweise Hans J. Morgenthau in seinem Buch *Macht und Frieden*² entworfen hat.

Gerade von daher ist es übertrieben, die gut zehn Jahre zwischen dem Ende der Bipolarisierung und dem 11. September 2001 als namenlose Zwischenzeit abzutun, die nun in eine völlig neue Struktur der Weltpolitik gemündet habe. Das ist nur dann

1 Zuletzt fehlgehend insbesondere Ernst-Otto Czempiel, *Neue Sicherheit in Europa. Eine Kritik an Neorealismus und Realpolitik*, Frankfurt/M. u. a. 2002, der sich zu der Behauptung versteigt, der Realismus insgesamt befasse sich nicht mit der Ebene der Außenpolitik.

2 Hans J. Morgenthau, *Macht und Frieden. Grundlegung einer Theorie der internationalen Politik*, Gütersloh 1963 (Am. Orig. *Politics Among Nations*, 1948).

nachvollziehbar, wenn man sich vor lauter Überbetonung der "Entstaatlichung" und "Vergesellschaftung" internationaler Politik so in die Falle der Ideologie des "demokratischen Friedens" und ihrer These der progressiven Marginalität des Krieges hat treiben lassen, dass man nun - bar schlüssiger Antworten auf die Rückkehr des Krieges, der Gewalt und einer potenziellen Bedrohung im globalen Maßstab - wenigstens versucht, bei der Prägung epochaler Floskeln vorn dabei zu sein.

I.

Genau hier setzt das *Dekonstruktionsprojekt* der Autoren um Alain de Benoist an. Es kontrastiert den westlichen Diskurs über die Bedrohung der "zivilisierten Welt" und den "weltweiten Kampf gegen den Terrorismus" mit einem vermuteten verdeckten, von den USA diktierten Diskurs über die militärische Verteidigung der Globalisierung und über die Legitimation der auf Gewalt gestützten Verwirklichung strategischer und wirtschaftlicher Interessen. Der Band ist politisch auch deshalb provokant, weil er aufzeigt, wie der 11. September nicht nur das Identitätsbekenntnis der USA schlagartig erschüttert hat, sondern sie auch dazu zwang, überhaupt erst Geschichte zu lernen:

"Die Insel Amerika [...] war bislang das von den Angriffen des Bösen geschützte Land des Guten, die 'auserwählte' Nation, die in ihrer Auserwähltheit die Quelle ihrer Unverwundbarkeit und ihres Erfolges sah. Nun ist die Insel Amerika aber kein Refugium mehr, und ein namenloser Krieg stellt ihre messianische Anmaßung, das Gute zu tun, in Frage." (de Benoist, S. 7)

Der Fall der amerikanischen Modell-Identität ist jedoch nicht die Grundaussage des Buches, sondern vielmehr der Ausgangspunkt, um die langfristigen Folgen des 11. September zu systematisieren. So zeigen sich in den Anschlägen auch die politischen Intentionen des neuen Terrorismus: Er greift auf Krieg und Kampf als staatenweltliche Mittel zurück, gerade um die Staaten an die Grenzen ihrer militärischen und geopolitischen Leistungsfähigkeit zu bringen; denn der weltweite Krieg gegen den Terror erzeugt grenzenlose Einsätze ohne die, vor allem für die Kriegsgewohnheit der USA wichtigen, Möglichkeit des "totalen Sieges" (de Benoist, S. 9). Zugleich habe der 11. September den Traum von einer neuen Welt zerstört, in der es in den internationalen Beziehungen noch Probleme finanzieller oder kommerzieller Art geben würde, und uns gezeigt, dass wir nun auch im weltpolitischen Maßstab in der Postmoderne angekommen sind.

Der neue "Hyperterrorismus" sei nämlich der Gegensatz zu den Akten terroristischer Gewalt in der Moderne (de Benoist, S. 20 f.). Anders als Carl Schmitts Partisan, dem Vorläufer des modernen Terrorismus, hat er keinen "tellurischen" Charakter (von lat. "tellus" = Erde) mehr: keine klar erkennbaren, räumlichen Ziele wie z. B. die Beendigung einer Besatzung oder die Beseitigung einer Diktatur, und die Operationen beschränken sich nicht auf ein abgegrenztes Territorium. Deswegen weist dieses Muster für de Benoist auch auf die Struktur der "Kriege der Globalisierung" hin: Auseinandersetzung in einer Welt ohne Außenräume und Zufluchtsorte, in der viele traditionelle Unterschiede verschwimmen: z. B. Freund - Feind, Zivilisten - Kombattanten, Front - Hinterland (S. 25). Infolgedessen, aber fälschlicherweise, werde der Feind totalisiert und müsse dann dieser falschen Ideologie entsprechend entmenschlicht und liquidiert

werden. So markiert die westliche Reaktion auf den 11. September für de Benoist denn auch den eigentlichen Untergang des "Abendlandes": der "Westen" sei kein Zivilisationsbegriff mehr, sondern nur noch ein Wirtschaftsindikator (S. 53).

Dies ist Charles Champetier zufolge vor allem den Europäern zuzuschreiben: Nach dem 11. September hätten sie ihren Mangel an unabhängigem politischen Willen endgültig unter Beweis gestellt und die Chance vertan, zum Vorreiter einer im Informationszeitalter möglich gewordenen globalen Gleichzeitigkeit unterschiedlicher kulturelle Areale, Lebensweisen, Werte und Interessen zu werden. Positiv gewendet mache dies immerhin Samuel Huntingtons "Zusammenstoß der Kulturen" eher unwahrscheinlich, da gerade nach dem 11. September Kulturen keine eigenständigen Wirkungskräfte der Weltpolitik seien, sondern nur noch "Konsumprodukte" für "angepasste Mentalitäten" im US-dominierten weltpolitischen Diskurs (S. 243-248). Etwas differenzierter warnen Jürgen Schwab und Franz Uhle-Wettler vor einem Rückfall in die Ideologie des "gerechten Krieges", der die Suche nach dauerhaftem Frieden vergeblich mache, da er die Politik lähme, Humanität durch Siegerjustiz ersetze und Strafe mit Gerechtigkeit verwechsle. In dieser Pointierung wird zumindest das Risiko deutlich, das der legitimatorische Diskurs über den "gerechten Krieg" für das Prinzip des Gewaltmonopols des UN-Sicherheitsrates bedeutet, das ursprünglich zu einer gänzlichen Abschaffung des *ius ad bellum* (des Rechts der Staaten auf Kriegsakte) hätte führen sollen.

II.

Der von Strobe Talbott und Nayan Chanda herausgegebene Band ist gewissermaßen die *realpolitische* Antwort auf den moralpolitischen Skeptizismus der Autoren um de Benoist. Gleichwohl ist der Ausgangspunkt derselbe: der 11. September war die notwendige Begegnung der USA mit sich selbst und mit der Geschichte (S. 7). Talbott und Chanda distanzieren sich davon, die Angriffe des 11. September zu Kriegsakten zu erklären, weil sie zeigen wollen, dass das, was Benoist in seinem Band "Hyperterrorismus" nennt, die Kategorien westlicher politischer Sprache und vor allem westlicher Sicherheitspolitik herausfordert. Daran machen sie auch die Zeitenwende nach dem 11. September 2001 fest: "Der Kalte Krieg wurde deshalb nie heiß, weil sich die Supermächte zumindest auf das eine verständigt hatten: auf den alles überragenden Imperativ, die gegenseitige Vernichtung zu vermeiden." (S. 9 f.) Diese Rationalität der Abschreckung kontrastieren Talbott und Chanda dann mit der Auffassung der Attentäter des 11. September über den muslimischen Glauben und mit Osama bin Laden als persönlichem "Erzfeind der Globalisierung", dem es gelungen sei, die von den USA ausgehende westliche Freiheit zu seinem Instrument zu machen (S. 10 f.).

Die Rationalität der Abschreckung der Pervertierung der Chancen der Globalisierung gegenüberzustellen, ist sicher nicht für jeden schlüssig, aber es ist immerhin eine Argumentation auf einer einheitlichen logischen Ebene. Doch der grotesken Interpretation des Korans durch die Attentäter und ihre Hintermänner die primäre Ursächlichkeit für den 11. September als *weltpolitischem* Epochenbruch zuzuschreiben, wie es das Buch tut, liegt schief zu dieser Argumentationslogik und ist völlig überzogen. Einer

Hand voll psychotischer Narzissten, die zum Erreichen ihres Seelenheils Massenmord begehen müssen, Epoche machendes Handeln nachzusagen, ist nicht die "intellektuelle Kampfansage an die Barbarei des neuen Terrorismus" (Klappentext), die sich das Buch zum Programm macht.

Viele der Beiträge in dem Band verstehen diese Kampfansage ohnehin ziemlich autistisch. So insbesondere John L. Gaddis, einer der führenden Vertreter der politischen Geschichtsschreibung des Kalten Krieges. Er interpretiert den 11. September als Chance für die USA, zu einer Außenpolitik zurückzukehren, die die Verwirklichung des nationalen Eigeninteresses in den Mittelpunkt stellt und ein geeignetes internationales Umfeld dafür zu schaffen versucht. Gerade vor diesem Hintergrund plädiert Gaddis dann aber jedenfalls nicht für amerikanischen Unilateralismus. Vielmehr habe die Globalkonstellation nach dem 11. September dazu geführt, dass Gegengewichte zur Machtposition der USA sichtbar würden, und dies erfordere die Rückkehr zu einem Multilateralismus im Sinn ausgewogener Großmachtbeziehungen. Dazu gehört, wie Abbas Amanat erläutert, dass die USA und ihre westlichen Verbündeten ihre Politik gegenüber dem Nahen Osten überdenken und überhaupt in ihrer Politik der kulturellen Vielfalt der muslimischen Welt Rechnung tragen.

Zu einem ähnlichen Schluss wie Gaddis kommt Paul Kennedy, Urheber der Thesen des zyklischen Aufstiegs und Falls der Großmächte und des "imperial overstretch" der USA: Amerika werde sein außenpolitisches Verhalten, ja viele Aspekte des "*American way of life*" grundlegend überdenken müssen, um seine Macht in der Welt des 21. Jahrhunderts zu bewahren (S. 64). Den Schlüssel dazu sieht Kennedy in der Orientierung am Axiom des klassischen Realismus: Klugheit als Fundament für erfolgreiche Politik. Im Fall der USA gehört laut Kennedy zu dieser Klugheit auch die Bereitschaft, außenpolitische Kompromisse einzugehen und internationale Organisationen nicht länger zu umgehen oder lediglich als Instrumente zur Durchsetzung des Eigeninteresses zu verstehen. Allein der "Mut, die Welt zu einem besseren Ort zu machen", den Niall Ferguson bei den USA anmahnt (S. 138), reicht eben keineswegs. Vergleichbar argumentiert Charles Hill, der herausarbeitet, dass nicht nur der Terrorismus von Mythen lebt, sondern auch der Kampf gegen ihn - und dass daraus eine für kluge Politik hinderliche Realitätsferne entstehen kann. Im Fall der USA sei das einerseits eine Diplomatie der Schnellverhandlungen, bei der der Erfolg von heute schon morgen zum gefährlichen Sumpf wird, und andererseits ein Sensationsjournalismus, der Außenpolitik nur noch dann zuhause vermittelt, wenn sie sensationsfähige Bilder produziert.

III.

Der von Sabine Sielke herausgegebene Band zeigt verschiedene Wege der *kulturellen und kulturwissenschaftlichen Bearbeitung* der Terroranschläge des 11. September auf. Dabei verfolgt er einen interdisziplinären Ansatz aus Politischer Wissenschaft, Geschichtswissenschaft, Islamwissenschaft und Religionspädagogik (Gerhard Sauters Ausführungen zur Krise des amerikanischen "A City upon a Hill"-Selbstverständnisses) sowie Literatur- und Wirtschaftswissenschaft, aber auch Sprachwissenschaft (Klaus

Peter Schneiders Untersuchung "Sprachliches Krisenmanagement: Zu verbalen und konzeptuellen Bearbeitung der Terroranschläge in den Reden von George W. Bush"), Kultursoziologie (Claus Daufenbachs Vergleich des "Ground Zero"-Traumas mit dem Vietnam-Trauma) und Kunstgeschichte (Anne-Marie Bonnets Beitrag über "Andy Warhol und Uncle Sams Masken"). Unmittelbar politologisch interessant sind die Ausführungen zur Bedeutung des 11. September für die Außenpolitik der USA (Christian Hacke) und für das transatlantische Verhältnis (Stephan Fröhlich).

Christian Hacke konzentriert sich darauf, die amerikanischen Legitimationserzählungen wiederzugeben und sein Faible für europäische Selbstdiffamierung weiterzuentwickeln (z. B. Deutschlands Rückkehr ins "realpolitische Niemandsland" infolge angeblich nicht ausreichend "bedingungsloser" Solidarität, S. 25). Dass er von Michael Stürmers fragwürdiger These des 11. September als dem "Pearl Harbor der industriellen Zivilisation" ausgeht (S. 11), macht die Argumentation auch nicht schlüssiger. Eigentlich liefert Hacke eine Apologie des Ausbaus des "weltweiten informellen Imperiums der USA" (S. 29) – ein Ziel, das er weder als solches noch in Bezug auf die einzusetzenden Methoden so kritisch hinterfragt wie das einige amerikanische Autoren in Talbotts und Chandas Band tun. Jedenfalls identifiziert Hacke im Nachgang des 11. September grundlegende außen- und sicherheitspolitische Strukturveränderungen: z. B. die ansteigende öffentliche Aufmerksamkeit in den USA für die Außen- und Sicherheitspolitik, die es schwieriger mache, sie zu innenpolitischen Zwecken zu instrumentalisieren, und den Bedeutungsverlust der NATO, die nach dem "deklaratorischen Ereignis" des Bündnisfalls gemäß Artikel 5 nun im "robusten Unilateralismus der USA" keinen Platz mehr habe (S. 23).

Fröhlich teilt diese Einschätzung und leitet daraus die doppelte Voraussetzung für die fortgesetzte Stabilität der transatlantischen "Solidargemeinschaft" nach dem 11. September her (S. 58 f.): europäische Investitionen zur Verbesserung der militärischen Fähigkeiten, und gleichzeitig gesteigerte Bereitschaft der USA zu Konsultationen und Interessenausgleich. Das mache aber schon die Grenzen der Solidargemeinschaft in der politischen Realität deutlich: Die Europäer setzen auf Multilateralismus und verstehen die transatlantische Wertegemeinschaft gerade nach dem 11. September auch als Ausgangspunkt für den Dialog mit anderen Kulturen, insbesondere dem Islam. Aus der Sicht der USA seien das jedoch allenfalls Begleitmaßnahmen, und selbst als solche träfen sie dort auf den Vorwurf der *appeasement*-Politik.

IV.

Multiperspektivisch verfährt auch der von Petra Bendel und Mathias Hildebrandt besorgte Band, der sich für die *Strukturen des neuen Terrorismus* interessiert und mit den Reaktionen und Antwortstrategien auseinander setzt. Es ergänzen sich Analysen aus Geschichtswissenschaft, Politischer Wissenschaft, Soziologie, Volkswirtschaft, Ethnologie und Orientalistik. Zwar argumentiert der Band dagegen, die Anschläge vom 11. September ganz einem islamischen Hass auf "die" westliche Welt zuzuschreiben, wendet sich dann aber einer ebenso einseitigen Interpretation zu, und zwar "den"

repressiven sozioökonomischen und politischen Binnenstrukturen in "den" arabisch-islamischen Staaten.

Michael Stürmer z. B. sinniert in seinem Beitrag die "Der Mittlere Osten und Neuordnung der Welt" viel weniger über die politischen, kulturellen und religiösen Spezifika dieser Region und ihre Ausprägung in Reaktion auf den 11. September, sondern tritt als der Historiker mit dem Hammer auf, der alles unter das westliche Schlagwort der mangelnden Demokratie und Gewaltenteilung packt. Dazu kommen einige Plattitüden von Moltke dem Älteren, Chef des Großen Generalstabs im kaiserlichen Deutschland, und, aus dem Mund eines führenden deutschen Populär-Historikers etwas herb: "Der Krieg ist notwendig, aber nicht ausreichend, und so auch der Sieg." (S. 205) Zumindest machst Stürmer damit deutlich, dass die langfristigen politischen Ziele des "Krieges gegen den Terror" nach wie vor unklar sind. Gewissermaßen aus der anderen Richtung verfehlt Gert Schmidt die Problematik, wenn er sich darauf versteift, den 11. September als Epochenbruch hin zur "Deliberalisierung" der westlichen Welt und zu "nationalstaatlich und partikularkulturell motivierter 'rechts'-sozialer Integration" zu bewerten (S. 224 f.).

Weiterführend ist die Analyse von Peter Rudolf, der die Folgen des 11. September in die Perspektive der Krise amerikanischer Nahostpolitik einordnet. Ein produktiver Neuansatz der US-Nahostpolitik müsste die "islamische Variante" (S. 92) der Demokratie akzeptieren und bei der Ausübung der eigenen Macht in der Region, z. B. auch gegenüber dem Irak, die Kriterien politischer Klugheit berücksichtigen, um nicht den Antiamerikanismus zu schüren. Unterstrichen wird das durch die Ausführungen von Dalal Arsuzi-Elamir zur Reaktion der nahöstlichen Länder auf den 11. September. Die meisten nahöstlichen Staaten sind Bündnispartner der USA im Kampf gegen den Terror. Trotzdem entstandene arabisch-amerikanische Spannungen sind vor allem auf die doppelten Maßstäbe der USA gegenüber der Region zurückzuführen. Diese werden deutlich, wenn man z. B. an die jahrelange Politik der Schürung eines militanten Geistes unter den afghanischen Dschihadisten denkt, vor der man sich einen umso fanatischeren Kampf gegen die sowjetischen Besatzer versprach. Insgesamt kritisiert Arsuzi-Elamir den grobschlächtigen Ansatz der USA gegenüber dem islamischen Fundamentalismus (dessen Vielschichtigkeit und unterschiedlichen Gewaltniveaus Thomas Philipp herausarbeitet) und die Marginalisierung der Rolle der UNO durch eine moralische Selbstüberhöhung der US-Politik. Deshalb, so Arsuzi-Elamir, argumentieren die Führer des politischen Islam für die Teilnahme Europas und der UNO an einer politischen Bearbeitung der fundamentalistischen Herausforderung, wobei sie den Kern der Sache freilich weniger in den Terrorakten des 11. September als vielmehr im israelisch-palästinensischen Konflikt sahen.

Einen wichtigen Beitrag zu einer differenzierenden Perspektive leistet auch Hartmut Behr. Er beschreibt den neuen Terror als Organisationsform und Ordnungstypologie transnationaler Politik mit genauen Kriterien (z. B. Tätigkeit der Terrororganisationen auf den internationalen Finanzmärkten, um das für ihre Aktionen notwendige Kapital zu erwirtschaften). Aus einem Vergleich mit Walter Laqueurs klassischer Darstellung über den Terrorismus und den "postmodernen Terrorismus" leitet Behr im Gegensatz etwa zu de Benoists "Hyperterrorismus" her, dass der Terror des 11. September insofern nichts

Neues ist, als er auf der transnationalen Ebene aufbaut, die für den Terrorismus der Gegenwart bereits seit 25 Jahren als typisch gilt. Hier findet die These des 11. September als Markstein eines neuen Zeitalters wiederum ihre historischen Grenzen.

V.

Wenngleich die vier besprochenen Sammelbände die Voraussetzungen und Folgen des *11. September 2001* unterschiedlich gewichten und bewerten, stimmen sie in ihrer Gesamtaussage darin überein, dass der 11. September *keine Stunde Null* bedeutet. Selbst diejenigen Autoren, die ihn gleichwohl zum Markstein eines weltpolitischen Zeitalters des Terrors machen, weisen auf bestimmte Pfadabhängigkeiten hin – beispielsweise auf die Folgen des traditionellen Ansatzes der US-Nahostpolitik ("Der Feind meines Feindes ist mein Freund") oder auf transepocheale Gesetzmäßigkeiten der Großmachtbeziehungen.

Der praktische Wert aller vier Werke konvergiert unabhängig von ihrer jeweiligen theoretischen oder politischen Perspektive darin, dass sie im Ganzen die Relevanz der *realistischen Kriterien kluger Außenpolitik* am Beginn des 21. Jahrhunderts illustrieren: Eine "vernunftgemäße Außenpolitik vermindert Gefahren, bringt maximalen Vorteil und entspricht damit dem moralischen Gebot der Vorsicht und dem politische Erfordernis des Erfolges."³ So wie nicht nur die Autoren um de Benoists Dekonstruktionsprojekt, sondern auch die Vertreter einer historisch-politischen Machtanalyse im Band von Strobe und Chanda die sicherheitspolitische Ideologie und das strategisches Konzept der uneingeschränkten Handlungsfähigkeit der USA (und ihrer Anti-Terror-Koalition) ablehnen, warnt der politische Realismus seit jeher davor, "das sittliche Streben einer bestimmten Nation mit den sittlichen Gesetzen, die die Welt beherrschen, gleichzusetzen": zu groß wiege die Versuchung mächtiger Nationen, die Verfolgung ihrer Eigeninteressen "in den Mantel universeller sittlicher Ziele zu hüllen."⁴

Auch die Skepsis des politischen Realismus gegenüber einer Weltinnenpolitik oder weltumspannenden, angeblich demokratisierenden Gleichmacherei als Strategie gegen den Terrorismus des 21. Jahrhunderts wird von der einschlägigen Literatur zum 11. September unterstrichen. Globalisierung ist kein normatives Projekt und schon gar keine Friedensstrategie; denn es gibt nicht eben nur den Transnationalismus des Guten, sondern auch die Globalisierung privater Gewalt sowie den Ausweitungsdrang der Eigeninteressen. Um sich angesichts dessen nicht in der eigenen Macht und den eigenen Wertmaßstäben zu verfangen und dadurch die eigene Urteils- und Handlungsfähigkeit ebenso wie die Fähigkeit zum Multilateralismus zu schwächen, empfiehlt die realistische Schule jedem Staat, sich nie in eine Position zu manövrieren, aus der er sich nicht ohne Gesichtsverlust zurückziehen kann, und von der aus er aber auch keine Möglichkeit hat, sich ohne übermäßiges Risiko weiterzubewegen.⁵

3 Ebd., S. 53.

4 Ebd., S. 56.

5 Siehe vor allem George Kennan, *American Diplomacy*, Expanded Edition, Chicago, IL, 1984, insbes. S. 100, und "Bernard Johnson's Interview with Hans J. Morgenthau" in: Kenneth W. Thompson/

Darüber hinaus ist eine Warnung aus Hans J. Morgenthau *Macht und Frieden* nach dem 11. September wieder besonders erinnenswert, weil sie sich sowohl auf international aggressiven Fundamentalismus beziehen lässt als auch als Mahnung für die Staaten verstanden werden kann, die sich seit dem 11. September einer neuen Bedrohung im globalen Maßstab gegenübersehen:

"Die unbekümmerte Gleichsetzung eines bestimmten Nationalismus mit dem Ratschluss der Vorsehung ist moralisch unhaltbar. Dies wäre gerade jener sündige Hochmut, vor dem die Dichter der griechischen Tragödien und die Propheten der Bibel Herrscher wie Beherrschte warnen. Diese Gleichsetzung ist aber auch politisch verderblich, führt sie doch zu jener Verzerrung des Urteils, die in blindem Kreuzzugeifer Nationen und Zivilisationen zerstört - im Namen sittlicher Grundsätze, Ideale oder Gottes."⁶

Robert J. Myers (Hg.), *Truth and Tragedy. A Tribute to Hans J. Morgenthau*, New Brunswick, NJ u. a. 1984, S. 333-386.

6 Morgenthau, aaO. (FN 2), S. 56.